

Sozialismus.de

Heft 2-2025 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Philipp Frey/Yalçın Kutlu:
Öffentlicher Dienst 4-Tage?

Witich Roßmann:
Das Phänomen Hans Böckler

Beiträge u.a. von
Joachim Rock, Göran Therborn,
Christoph Butterwegge,
Marcel van der Linden,
AG Sozialist, Christoph Lieber,
Wolfgang Müller, Slave Cubela

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Ein »gerechtes und souveränes Deutschland« mit BSW?

Die Namensgeberin und Parteichefin des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) geht optimistisch in den Wahlkampf, denn ihr Projekt der Neugründung einer Partei sei politisch und organisatorisch sehr erfolgreich. [...]

Die Labour Party in flachen Gewässern

14 Jahre lang kämpfte die Labour Party, um die Tories aus der Regierung zu verdrängen. Dann, im Juli letzten Jahres, gewann sie die Parlamentswahlen mit der größten Mehrheit an Sitzen in der jüngeren Geschichte. Nur ein halbes Jahr später sind viele, die mit Labour sympathisieren, verunsichert. Was beunruhigt sie? [...]

Wird der Rechtsnationalist Kickl Österreichs Kanzler?

Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat dem FPÖ-Chef Herbert Kickl den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilt. Auch der frühere Bundessprecher der Grünen in Österreich ist vor der starken Macht der »Freiheitlichen« eingeknickt. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Wirtschaftsperspektiven

Joachim Bischoff: US-Ökonomie vor weiterem Boom, anhaltende Flaute in Deutschland. Zur Lage der Globalökonomie 2

Wahlentscheidungen

Redaktion Sozialismus.de: Wahlrends bei Wirtschaftsflaute und unredlichen Versprechen. Die gesellschaftliche Linke in der Defensive 6

Alban Werner : Blockiert und doch alles im Fluss. Versuch über die Umrisse künftiger Auseinandersetzungen in der deutschen Politik 10

Joachim Rock: Ein Schritt vor und zwei zurück? Eine kurze Bilanz sozialpolitischer Reformen der Bundesregierung 2021–2024 15

Christoph Butterwegge: Verteilungspolitische Refeudalisierung statt sozialer Fortschritt? Herausforderungen eines inklusiven Sozialstaats 20

Erhard Korn: Alice & Elon 24

Westliche Werte?

Joachim Bischoff: »Amerikas Goldenes Zeitalter beginnt jetzt« Der neue alte US-Präsident und seine Verstärker 25

Göran Therborn:
Wenn Demokratien Völkermord begehen 29

Wolfgang Müller: Xinjiang: Rückkehr zur Normalität nach Jahren der Repression? Ergebnisse einer Reise von Wissenschaftler*innen 32

Forum Gewerkschaften

Philipp Frey/Yalçın Kutlu: Der Öffentliche Dienst als Pionier?! Die Vier-Tage-Woche als Lösungsstrategie gegen den Fachkräftemangel 36

Witich Roßmann: Das Phänomen Hans Böckler. Aspekte zum Thema Intellektuelle und Gewerkschaften anlässlich seines 150. Geburtstags 40

Linke Geschichte

AG Sozialist (Jörg Deml/Andreas Fisahn/Robert Hinke/Andreas Hinz/Uwe Roßbach/Werner Schreiber): Was bleibt? 50 Jahre »Göttinger Kreis« und 30 Jahre Überführung des »Sozialist« in die Zeitschrift »Sozialismus« 44

Debatten um Arbeiterbewegung und Demokratie

Marcel van der Linden:
Aufstieg und Niedergang klassischer Arbeiter*innenbewegungen 51

Christoph Lieber: »Die Demokratie ist das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen« (Marx 1843). Krise der Demokratie und politische Emotionen 55

Slave Cubela: Der Seiltanz der Demokratie Zur politischen Ökonomie eines drohenden Niedergangs 61

Veranstaltungen | Impressum | Film

Impressum 63

Veranstaltungen 64

Klaus Schneider: Die Saat des heiligen Feigenbaums (Filmkritik) 65

US-Ökonomie vor weiterem Boom, anhaltende Flaute in Deutschland

Zur Lage der Globalökonomie

von ■ Joachim Bischoff



Foto: dpa/picture alliance

Niedrige Steuern und wenig staatliche Vorgaben unter dem neuen Präsidenten Donald Trump dürften die US-Wirtschaft unter Dampf halten; dies erwarten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Abgeschlagen im internationalen Vergleich bleibt dagegen Deutschland. Global geht der IWF im laufenden Jahr von einem Wirtschaftswachstum um 3,3% aus, das sind 0,1 Prozentpunkte mehr als in seiner Herbstprognose. Insbesondere für die USA, die nach Einschätzung des IWF deutlich stärker wachsen werden als angenommen, verbesserte sich der Ausblick deutlich um 0,5 Prozentpunkte auf nun 2,7%. Treiber des internationalen Akkumulationszyklus sind neben den USA die Volksrepublik China und Indien.

In den Vereinigten Staaten tritt der Republikaner Trump seine zweite Amts-

periode an. Es wird erwartet, dass er eine sehr unternehmensfreundliche Politik verfolgt, mit niedrigen Steuern und weniger staatlichen Vorschriften, um so das Wachstum weiter anzukurbeln. Eines der Risiken für die Prognosen des IWF bleibt allerdings die politische Unsicherheit nach Trumps Rückkehr ins Weiße Haus, dessen politische Vorschläge die Expert*innen nicht in ihre Prognosen einbezogen haben. IWF-Chefökonom Pierre-Olivier Gourinchas hält vor allem ein Anziehen der Inflation in den USA für eine mögliche Folge von Trumps Plänen mit Handelsbeschränkungen und Zöllen.

Das Wachstum der Weltwirtschaft stabilisiert sich auch nach einer Prognose der Weltbank auf niedrigem Niveau und soll sich in diesem und im kommenden Jahr bei 2,7% einpendeln.

Die Weltbank warnt jedoch, dass dies nicht ausreiche, um den Schaden auszugleichen, der in den vergangenen Jahren durch wirtschaftliche Schocks wie die Corona-Pandemie angerichtet worden seien. Dies sei besonders für die ärmsten Länder der Welt gefährlich. Bis 2030 werden der Weltbank zufolge 622 Mio. Menschen weiterhin in extremer Armut leben: »Hunger und Unterernährung werden das Schicksal von etwa der gleichen Anzahl von Menschen sein.«

Zölle könnten Wachstum weiter ausbremsen

Die Weltbank warnt gleichzeitig vor den negativen Auswirkungen, die etwa weitreichende Zölle auf die Weltwirtschaft haben würden. US-Präsident Trump plant gravierende Strafmaßnahmen –

etwa für Waren aus China, Kanada, Mexiko und möglicherweise der Europäischen Union. »Der Zeitpunkt und das Ausmaß möglicher Änderungen in der Handels- und Finanzpolitik der USA sind derzeit unklar«, heißt es. Eine solche Politik trübe den Ausblick für den internationalen Konjunkturzug.

Schätzungen deuten darauf hin, dass eine Erhöhung der US-Zölle um 10% gegenüber allen Handelspartnern das globale Wachstum in diesem Jahr um 0,2% verringern könnte – wenn keine Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden. »Der erwartete negative Effekt könnte sich verstärken, wenn proportionale Vergeltungszölle berücksichtigt werden«, heißt es in dem Weltbank-Bericht vom September 2024. Das weltweite Wachstum würde dann im Jahr 2025 um insgesamt etwa 0,3 Prozentpunkte niedriger ausfallen.

Weitere Risiken für das Wirtschaftswachstum seien langsamere Fortschritte beim Rückgang der Inflationsrate, die Folgen des Einmarsches Russlands in die Ukraine und des Konflikts im Nahen Osten, heißt es. Die Weltbank hält fest: »Das erste Quartal dieses Jahrhunderts neigt sich dem Ende zu, und es ist klar, dass die hochgesteckten Ziele der letzten Jahrzehnte nicht erreicht werden können.«

Die langfristigen Wachstumsaussichten für Länder mit niedrigem Einkommen seien so schlecht wie noch nie seit Beginn des Jahrhunderts. Aufstrebende Märkte und Entwicklungsländer, die zu Beginn des Jahrhunderts auf dem Weg gewesen seien, die Einkommenslücke zu den reichsten Volkswirtschaften zu schließen, fielen nun größtenteils noch weiter zurück. Entwicklungsländer, die für 60% Prozent des weltweiten Wachstums verantwortlich seien, werden das erste Quartal des 21. Jahrhunderts mit den schwächsten langfristigen Wachstumsaussichten seit 2000 abschließen.

Globales Wachstum: unterschiedlich und unsicher

Das globale Wachstum wird sowohl im Jahr 2025 als auch 2026 mit 3,3% prognostiziert, im Großen und Ganzen unverändert gegenüber der Prognose des Weltwirtschaftsausblicks (World Eco-

nomic Outlook – WEO) vom Oktober 2024, wobei eine Aufwärtsrevision in den Vereinigten Staaten die Abwärtsrevisionen anderswo ausgleichen wird. Die kurzfristigen Aussichten sind durch unterschiedliche Wege gekennzeichnet, während die mittelfristigen Wachstumsrisiken nach unten zeigen. Ein neuer Inflationsdruck könnte den geldpolitischen Schwenk unterbrechen, mit Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der Haushalts- und Finanzstabilität. Der Policy-Mix sollte Kompromisse ausgleichen und Puffer wieder aufbauen.

Für Deutschland hat der IWF seine Prognose erneut gesenkt und erwartet für das laufende Jahr nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,3%. Damit wird der Rückstand der deutschen Wirtschaft auf die übrigen Industrieländer immer größer. Schon in den vorherigen Berichten war Deutschland das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum – und fällt nun noch weiter zurück. Mit Ausnahme von Saudi-Arabien und Ägypten musste der IWF seine Prognosen bei keinem anderen Land so stark kürzen.

Mit diesem befindet sich Deutschland nun abgeschlagen auf dem letzten Platz. Zwar schwächeln auch Frankreich und Italien, liegen aber mit einem Plus von 0,8 bzw. 0,7% noch deutlich davor. Auch deutsche Forschungsinstitute erwarten für die Berliner Republik eine Stagnation beim Wirtschaftswachstum. Dagegen erwartet der IWF für das kommende Jahr in Deutschland immerhin ein Plus von 1,1%. Das sind aber auch noch 0,3 Prozentpunkte weniger als noch im Herbst prognostiziert. Damit würde Deutschland immer noch in der Schlussgruppe liegen, aber nicht mehr auf dem letzten Platz. Für Italien und Japan ist der IWF im kommenden Jahr noch etwas pessimistischer.

Auch führende deutsche Forschungsinstitute erwarten im Durchschnitt 2025 ein Wachstum von nur 0,3%. Ihre Prognosen, die sie Mitte Dezember veröffentlicht haben, gingen allerdings ziemlich weit auseinander. Während das Kiel Institut für Weltwirtschaft mit einer Stagnation rechnet, hält das Ifo-Institut unter Umständen ein Wachstum von bis zu 1,1% für möglich. »Neben der ausgeprägten konjunkturellen Schwäche lastet der strukturelle Wandel auf der deut-

schen Wirtschaft«, sagt Jan-Christopher Scherer, Konjunktexperte im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Sein Institut rechnet 2025 mit einem Wachstum von 0,2%.

Für die Weltwirtschaft insgesamt rechnet der Währungsfonds in diesem Jahr und im kommenden Jahr mit einem Wachstum von 3,3%. Damit bleibt die Prognose gegenüber Herbst nahezu unverändert. »Es wird erwartet, dass das globale Wachstum stabil bleibt, wenn auch nicht sehr stark«, heißt es im WEO. Die Zahl 3,3 klingt aus Sicht des IWF besser, als sie ist, denn sie liegt unter dem Durchschnitt der vergangenen zwei Jahrzehnte von 3,7%.

USA rauschen davon, Europa hinkt hinterher

Zudem bereitet dem IWF etwas Sorge: »Auch wenn die Aussichten für das globale Wachstum weitgehend unverändert gegenüber Oktober sind, vergrößern sich die Unterschiede zwischen den Ländern«, schreibt IWF-Chefökonom Gourinchas. Die auseinanderlaufenden Entwicklungen ergäben insgesamt ein »prekäres globales Wachstumsprofil«, heißt es im WEO.

Vor allem die USA eilen davon. Während der Währungsfonds die Prognose für Deutschland um 0,5 Prozentpunkte senkt, erhöht er sie für die USA um 0,5 Prozentpunkte auf 2,7% für das laufende Jahr. Europas wichtige Wirtschaftsnationen Deutschland, Frankreich und Italien haben hingegen eine Null vor dem Komma stehen. Für die Euro-Zone rechnet der IWF nur noch mit einem Wachstum von 1,0%.

Gourinchas attestiert der europäischen Wirtschaft »Gegenwind«. Der komme u.a. durch die schwache Entwicklung in der Industrie, die schlechte Stimmung bei den Verbraucher*innen und die anhaltenden Auswirkungen durch den Energiepreisschock, schreibt der Franzose.

Und die Unterschiede zwischen den großen Volkswirtschaften könnten noch zunehmen. Für Europa sieht der IWF weiterhin »Abwärtsrisiken« durch die

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de.

Auswirkungen der Energiekrise, in China durch den Immobiliensektor. Für die USA hält der Währungsfonds hingegen kurzfristig weitere Wachstumsimpulse für möglich, etwa »durch neue expansive Maßnahmen wie Steuersenkungen«.

Sollte die US-Konjunktur weiter so gut laufen, hätte dies auch positive Effekte für die Weltwirtschaft, allerdings nur »im geringeren Maße«. Sollte der neue US-Präsident Trump auf eine expansive Finanzpolitik mit Steuersenkungen setzen, könnte das aus Sicht des IWF mittelfristig Risiken bergen.

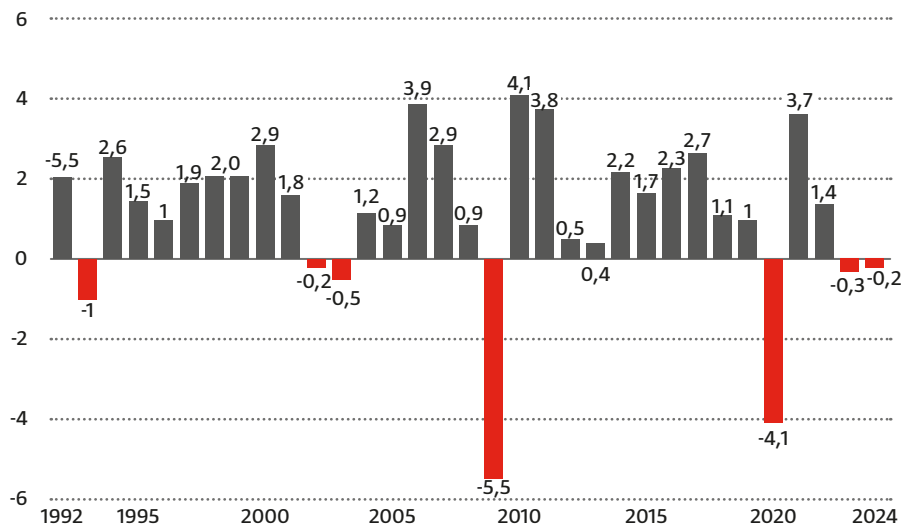
Die USA sind mittlerweile sehr hoch verschuldet. Die Frage ist, ob die Investoren irgendwann an der Solidität zweifeln. »Längerfristig«, warnt der IWF, könnte »eine größere fiskalpolitische Anpassung« notwendig werden. Ein solcher Sparkurs in den USA hätte auch global Auswirkungen. »Die Rolle von US-Staatsanleihen als weltweit sichere Anlage könnte geschwächt werden«, heißt es im World Economic Outlook.

Handelskonflikte könnten Inflation anheizen

Der Währungsfonds sieht noch weitere Risiken für die Weltwirtschaft. Dazu zählen insbesondere Handelskriege. Trump hat bereits mit neuen Zöllen gedroht. An vielen Stellen im WEO wird vor »politischen Risiken« wie einer Eskalation bei Handelskonflikten gewarnt. Die Zölle sind insbesondere für Deutschland mit seiner starken Exportwirtschaft ein Abwärtsrisiko. »Angesichts der Amtseinführung von US-Präsident Trump besteht das Risiko, dass es künftig sogar noch deutlich schlechter läuft, sollte es international vermehrt zu Zöllen und weiteren Handelsbeschränkungen kommen«, sagt DIW-Ökonom Scherer.

Protektionistische Maßnahmen wie Zölle würden zudem zu steigenden Preisen führen, warnt der IWF. »Im Vergleich zu früheren Handelskonflikten deuten mehrere Faktoren darauf hin, dass die Aufwärtsrisiken für die Inflation aufgrund von Zollerhöhungen dieses Mal größer sein könnten«, heißt es im WEO. So habe die Weltwirtschaft gerade erst den »stärksten Inflations-

Abb. 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2024, Entwicklung des BIP in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statista 2025

schub der jüngeren Vergangenheit« hinter sich, die Inflationserwartungen lägen in vielen Ländern noch immer über dem Zielwert der Zentralbanken. Zudem könnten Handelsbeschränkungen bei bestimmten schwer zu ersetzenden Materialien die Inflation »übermäßig stark« steigern. Eine wieder anziehende Inflation zählt aus Sicht des Währungsfonds ohnehin zu einem der großen Risiken für die Weltwirtschaft. »Die Gefahr eines erneuten Inflationsdrucks könnte die Zentralbanken dazu veranlassen, die Leitzinsen anzuheben.« Dadurch würde das Wirtschaftswachstum weiter gebremst.

Deutschland kommt nicht in Schwung

Ein düsteres Bild zeichnen, wie bereits angedeutet, die Expert*innen für Deutschland (siehe hierzu auch Abb. 1). Nach zwei Rezessionsjahren 2023 und 2024 dürfte die hiesige Wirtschaft lediglich um 0,3% zulegen. Damit wurde die bisherige Schätzung um 0,5 Punkte nach unten korrigiert. Der IWF nennt für Deutschland damit im laufenden Jahr erneut das schwächste Wachstum unter den führenden westlichen G7-Industriestaaten. Als Gründe werden die Schwäche der Industrie und hohe Energiepreise ausgemacht, sie bremsen die wirtschaftliche Dynamik.

Deutschland bleibt innerhalb Europas abgeschlagen. Vor allem Spanien wächst wesentlich stärker, aber auch Frankreich und Italien liegen vorne. Die Bundesrepublik steckt zudem mitten im Wahlkampf und dürfte erst im Frühjahr eine neue Regierung haben. Diese muss dann eine Antwort auf die aktuelle Wirtschaftsschwäche finden.

Die Eurozone insgesamt dürfte der neuen Prognose zufolge 2025 und 2026 um 1,0 und dann um 1,4% zulegen, langsamer als bisher vom IWF erwartet. Die Expert*innen verwiesen dabei u.a. darauf, dass die Gaspreise in Europa etwa fünf Mal so hoch seien wie in den USA.

Aber auch mögliche Handelskonflikte, die durch die angekündigte Zollpolitik Trumps entstehen könnten, würden Deutschland und die Eurozone zu spüren bekommen. Und auch weltweit dürfte sich das auswirken: Der IWF korrigierte deswegen seine Schätzungen zum internationalen Handelsvolumen etwas nach unten. Die Zuwächse dürften 2025 und 2026 bei 3,2% bzw. 3,3%v liegen.

Die Akkumulationsschwäche hat schon die Entwicklung Deutschlands der letzten beiden Jahre bestimmt. Es ist eine starke Vereinfachung, für diese Tendenz das grün geführte Wirtschaftsministerium verantwortlich zu machen. Die Akkumulationsschwäche geht auf

eine Mischung von strukturellen Faktoren zurück: In der Tat hat die Umstellung in der Gas-Versorgung von dem preiswerten russischen Gas auf das vorwiegend US-amerikanische LNG-Gas eine erhebliche Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit bewirkt. Dazu kommen die weiteren Rückwirkungen aus dem Ukraine-Krieg wie die finanziellen und militärischen Hilfen.

Diese geopolitischen Faktoren wurden durch die demografischen Restriktionen verstärkt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) geht davon aus, dass Deutschlands Wirtschaftswachstum bis 2027 auf 0,7% und damit auf die Hälfte des bisherigen langjährigen Durchschnitts abflauen werde. »Deutschland stehen magere Jahre bevor. Die Alterung der Gesellschaft drückt die Wachstumsaussichten empfindlich, weil künftig weniger Menschen arbeiten werden. Und dies würde letztlich auch die durch die Einkommens- und Vermögensverteilung gesetzten Schranken verstärken.

Der Euroraum und sinkende Inflation

Auch das Wachstum im Euroraum wertet die Weltbank als schwach. Für das Jahr 2025 prognostiziert der Konjunkturausblick ein Wachstum von 1,0% – das sind 0,4 Prozentpunkte weniger im Vergleich zur Prognose vom vergangenen Juni. Die Weltbank führt das auf einen schwachen Konsum, schwache Unternehmensinvestitionen und eine schwache Industriekonjunktur zurück. Die Fertigungs- und Industrieproduktion blieben schwach. Das gelte insbesondere für Deutschland, das fast 30% des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone ausmacht.

Daher sei entschlossenes politisches Handeln nötig. Es bedürfe globaler politischer Anstrengungen, um ein auf Regeln basierendes multilaterales Handelssystem zu bewahren, die Schuldenprobleme zu bewältigen und den Klimawandel zu bekämpfen. Die nationalen Entscheidungsträger müssten sich entschlossen um Preisstabilität bemühen und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern. Insgesamt habe sich wenig geändert auf globa-

ler Ebene, zwischen den Staaten verschiebe sich aber viel, sagte IWF-Chefvolkswirt Gourinchas. Die zunehmende Spaltung sei ein Risiko. Es gebe zudem große Unsicherheiten mit Blick auf die Finanz- und Handelspolitik sowie politische Spannungen. Die gute Nachricht für die Weltwirtschaft ist allerdings die sinkende Inflation, Folge der gestiegenen Zinsen. Weltweit wird dieses Jahr noch mit einer Teuerungsrate von 4,2% gerechnet, nächstes Jahr sollten es dann 3,5% sein. Das werde den Notenbanken eine Lockerung der Geldpolitik erlauben, so Gourinchas.

Allerdings gibt es auch hier riesige Unterschiede. Während die Inflation in Industriestaaten nahe 2% – dem optimalen Wert für viele Volkswirtschaften – liegen dürfte, kämpfen Schwellen- und Entwicklungsländer noch mit höheren Werten, was zu mehr Armut führen kann. Ein starker US-Dollar könne zudem Kapital aus Schwellenländern abziehen, warnte der IWF.

China und Indien sind Wachstumstreiber

Wachstumstreiber weltweit bleiben auch im kommenden Jahr neben den USA China und Indien. In der Volksrepublik dürfte die Wirtschaft 2025 und 2026 um 4,6% und 4,5% wachsen. 2024 legte die chinesische Wirtschaft um 5,0% zu. Zwischenzeitlich wurde eine viel stärkere Abkühlung befürchtet. Die höchsten Wachstumsraten der großen Länder in den nächsten beiden Jahren weist weiterhin Indien auf mit jeweils 6,5%. Das wäre das gleiche Tempo wie 2024.

Das Wachstum in Russland, das sich 2024 auf 3,8% summiert haben dürfte, wird sich laut IWF auf 1,4% und dann 1,2% in den nächsten beiden Jahren abschwächen. Expert*innen hatten die bislang guten Werte vor allem als Effekt der umfangreichen Mittel gewertet, die in den Rüstungsbereich geflossen sind, um den Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Mit der Zeit sollten sich die Sanktionen gegen Russland aber stärker auswirken.

In den USA könnten sich unter Trump die Tendenzen zur Herausbildung von oligarchischen Strukturen

verstärken: Der scheidende US-Präsident Joe Biden hatte in seiner Abschiedsrede vor einer Oligarchie in den USA gewarnt. Es drohe eine Machtkonzentration in den Händen einiger weniger wohlhabender Menschen, sagte er in einer Ansprache an die Nation. Eine solche Oligarchie in Amerika nehme bereits Gestalt an. Biden sprach von Reichtum, Macht und Einfluss in extremen Ausmaßen. In den USA geht also die Furcht um, es könnte ein neues Zeitalter des »crony capitalism« anbrechen. Damit ist ein System gemeint, in dem Akteure mit guten Verbindungen zur Politik wirtschaftliche Vorteile – politische Renten – für sich heraus schlagen können.

Den Prognosen zufolge dürfte die Weltwirtschaft in diesem und im kommenden Jahr mit +2,7% das Wachstumstempo von 2024 halten – im Schnitt der Vor-Corona-Jahre 2010 bis 2019 allerdings waren es noch 0,4 Prozentpunkte mehr. Dabei werde die Abschwächung in den USA und China durch ein stärkeres Wachstum in anderen Ländern ausgeglichen. Die Schwellenländer dürften mit etwa 4% stabil wachsen. Damit würden sie aber gleichfalls nicht zur Entwicklung von vor Coronazeiten zurückkehren. Obendrein sei es unzureichend, um die nötigen Fortschritte zur Linderung der Armut und zur Erreichung umfassenderer Entwicklungsziele zu machen, schreibt die Weltbank.

»Die nächsten 25 Jahre werden für die Entwicklungsländer ein härteres Stück Arbeit sein als die letzten 25 Jahre«, sagt Weltbank-Chefökonom Indermit Gill. »Die meisten der Kräfte, die einst ihren Aufstieg begünstigten, haben sich verflüchtigt.« Sie bräuchten daher ein neues Konzept, das den Schwerpunkt auf inländische Reformen legt, um private Investitionen anzukurbeln, Handelsbeziehungen zu vertiefen und eine effizientere Nutzung von Kapital, Talent und Energie zu fördern.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

